



HAVELbrandung

AUSGABE 6 JUNI 2007

SPENDE ERWÜNSCHT

Trauerfeier für Petra Faderl Abschied von einer Vollblutpolitikerin

Am 21.05.07 fand die Trauerfeier für unsere verstorbene Genossin Petra Faderl statt. Fast 300 Trauergäste kamen in die Studiobühne des Brandenburger Theaters, um Petras Wirken zu würdigen und Abschied von ihr zu nehmen. Sowohl der äußere Rahmen, als auch die inhaltliche Gestaltung machten diese Veranstaltung zu einem würdevollen Ereignis, welches einen nachhaltigen Eindruck bei allen Teilnehmern hinterließ.

Besonders in der Rede der Vorsitzenden der Linkspartei.PDS – Fraktion im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser, kam die Verbindung der Würdigung von Petra aus der Sicht einer engen persönlichen Beziehung zu ihr sowie aus der übergreifenden Landesperspektive sehr deutlich zum Ausdruck. So führte sie u.a. aus:

„Für viele von uns hier war Petra Faderl über mehr als ein Jahrzehnt lang Genossin, Chefin, Kollegin, Mitarbeiterin, auch Freundin. Unser beider Verhältnis war von der jeweiligen dienstlichen Konstellation völlig unabhängig. Da wird man schon nicht so schnell fertig mit den Erinnerungen: Immer ist es die an eine Vollblutpolitikerin. Aufgaben und Ziele nahm sie ernst, Niederlagen meist sportlich. (Letztere allerdings nur nach außen, wie wir wissen).....

„Geht nicht“ gab es nicht für Petra Faderl. Was sie sich abverlangte, erwartete sie schon auch von ihren engsten Mitstreitern und Freundinnen, - allerdings mit strengem Blick für deren Wohlergehen. Geriet man mit ihr in Streit, waren gute Argumente und gute Nerven gefragt. Aber Erkenntnis garantiert. Kinder und junge Menschen - ihr gutes Gedeihen und ihre Probleme waren die Hauptantriebskraft für die Mutter, die Frau, die gelernte Krippenerzieherin, Sozialarbeiterin, die Kommunalpolitikerin und jugendpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion. Sie kümmerte sich um deren Sorgen und Probleme... Sie

arbeitete gern, nie aus der hohlen Hand, war zu jedem Termin vorbereitet und ließ nie zu, dass eine Beratung zu Ende war, ehe sie auch ihre letzte Frage gestellt und ihr letztes Anliegen vorgebracht hatte. Nicht nur darin war sie verlässlich. Wer ihre Hilfe brauchte und wollte, bekam sie. „Die Stadt verliert eine Gerechte“ überschrieb die MAZ am 4. Mai den Abschieds-Text von Jürgen Lauterbach. Das bringt es wohl auf einen sehr wesentlichen Punkt....

Und so bin ich seit längerem im inneren Zwiegespräch mit ihr: Danken für ihr Vorbild, ihre Hilfe und Freundschaft, sie trösten und von ihr getröstet werden, an ihr herumrörgeln und -meckern. Und ich weiß, ihre Reaktion wäre dieselbe wie immer - voller Selbstironie und Selbstbewusstsein - das Eingeständnis: So bin ich nun mal! Du und ihr könnt das alles anders und besser machen. Doch: Sie wollte schon Spuren hinterlassen, brachte sich, ihre Person ganz und gar ein für das Profil ihrer Partei, unserer PDS, nicht nur in der Stadt. Sie verdiente sich Respekt und Achtung der Abgeordneten, der Bürgerinnen und Bürger und der Stadtverwaltung. Nicht zuletzt die zahlreichen Kondolenzen belegen dies.“

Kerstin Kaiser sprach auch einen ganz besonderen Dank aus. „Und nun ist ganz besonders so einem weiteren guten Menschen - Frau Elisabeth Scholz - dir, liebe Elli, dafür zu danken, dass du für Petra da warst in ihrer letzten so schweren Zeit. Fast rund um die Uhr standest du für alle Angelegenheiten und Anstrengungen zur Verfügung.“

Sie beschloss ihre beeindruckende Rede mit den folgenden Zeilen:

„Wenn eine stirbt, ist gut sich vorzustellen, dass sie gereist sei in ein fremdes Land.

Aus dem sie nicht mehr vorhat, heimzukommen, drum gab sie euch zum Abschied nicht die Hand.“

Horst Maiwald

Zwischenspur in Richtung Sozialticket starten

Dem Land stünde es gut zu Gesicht

Seit dem ersten Mai dieses Jahres sammeln wir Unterschriften für die landesweite Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“. Als Initiatorin der Aktion sieht sich die Linkspartei.PDS in der Pflicht, möglichst viele der erforderlichen 20000 Unterschriften zu sammeln und somit der Initiative zum Erfolg zu verhelfen, indem sich auch die Regierungsfractionen von SPD/CDU im Brandenburger Landtag diesmal für die Einführung des Sozialtickets entscheiden können.

Gemeinsam mit dem DGB, der ver.di- Gewerkschaft, dem Arbeitslosenverband, der Grünen Liga, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Volkssolidarität, der WASG, dem Diakonischen Werk und dem BUND sind wir sicher, dieses Ziel zu erreichen. Leider ist es gegenwärtig noch sehr schwierig, einen zahlenmäßigen Zwischenstand heraus zu bekommen – eben wegen der vielen Beteiligten. Also lassen wir in unseren Bemühungen nicht nach. Sicher ist sicher.

Ein Sozialticket würde vielen Menschen helfen, ihren Alltag besser gestalten zu können. Denn im Flächenland Brandenburg ist für viele die Teilhabe an öffentlichen Mobilitätsleistungen zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben lebensnotwendig.

Dem Land stünde es sehr gut zu Gesicht, endlich dem Berliner Beispiel zu folgen und für gleiche Bedingungen im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg zu sorgen. Und zum Streit um die Zuständigkeit zwischen dem Verkehrsminister und der Sozialministerin sagen wir: jeder zahlt die Hälfte aus seinem Haushaltsbudget und schon gibt es eine sozial gerechte Lösung für die Betroffenen.

Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll bei 50% der jeweiligen VBB-Umweltkarte liegen und für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten.

Alle technischen und inhaltlichen Hinweise aus dem

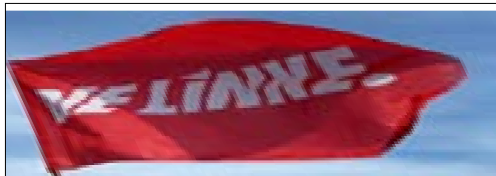
Maiheft der „Brandenburger Seiten“ sind weiterhin aktuell. Insbesondere müssen wir darauf achten, dass die Unterschriftenlisten exakt und leserlich ausgefüllt werden, damit uns keine Eintragung wegen Ungültigkeit verloren geht. Wir sind gut beraten, die Hinweise zur Volksinitiative auf der Unterschriftenliste genau zu lesen.

Am besten, wir gehen mit unseren Listen auf die Straßen und Plätze hin zu den Betroffenen. Wir haben z. B. in Potsdam am Rande der Montagsdemo gegen Hartz IV am Infostand Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt und zahlreiche Gespräche geführt. Nutzen wir auch die Veranstaltungen der 14. Brandenburgischen Seniorenwoche vom 10. bis 17. Juni 2007. Erste Erfahrungen belegen, dass das Thema aktuell ist und die Menschen bereit sind, ihre Unterschrift für diese soziale Angelegenheit zu geben.

Machen wir uns weiter auf den Weg, um Unterschriften für die Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ zu sammeln, damit sie erfolgreich wird.

Anita Tack, MdL (verkehrspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag)

Unterschriftenlisten und weitere Informationen gibt es in der Geschäftsstelle, Telefon 03381 224733



Selber entscheiden und selber mitmachen!

Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de

oder in der Geschäftsstelle

am Altstädtischen Markt 2,

14770 Brandenburg,

telefonisch 03381/22 47 33

G8-Gipfel politisch gescheitert - Globalisierungskritiker gewinnen an Selbstbewusstsein

Den G8-Gipfel und die zahlreichen Proteste gegen diesen Gipfel bilanzieren Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS, Christine Buchholz, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG, und Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei.PDS:

Der G8-Gipfel war ein gigantischer Propagandarrummel, vor allem für Bundeskanzlerin Angela Merkel. Seine Ergebnisse rechtfertigen keinesfalls die Verschleuderung von über 100 Millionen Euro für diese „Merkel-Show“. Die auf dem G8-Gipfel getroffenen Vereinbarungen sind nicht geeignet, die drängenden

Probleme der Menschheit - Klimawandel, weltweite Kriege, Massenelend in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas - zu lösen. Im Gegenteil: Die G8 bleiben auf neoliberalen Kurs. Die Klimavereinbarungen sind unverbindlich, und die „Afrika-Hilfen“ lösen noch nicht einmal die Zusagen von Gleneagles ein. Der Druck auf die Schwellenländer und andere Länder der ‚Dritten Welt‘, ihre Märkte zu öffnen und dies ohne entsprechende Gegenleistung, wurde erhöht. Von Heiligendamm geht kein Impuls aus, den unseligen „Krieg gegen den Terror“ zu beenden. Von Heiligendamm bleibt das Bild eines Gipfels hinter Stacheldraht. Angela Merkels G8-Gipfel ist politisch gescheitert.

Scheitern sollte auch der Versuch, die globalisierungskritische Bewegung, den Protest von Tausenden Menschen als vornehmlich gewalttätig zu stigmatisieren. Zweifellos werden wir uns mit den Ursachen für die Eskalation am Samstag während der Abschlusskundgebung auseinandersetzen. Die Linke lehnt grundsätzlich Gewalt zum Erreichen von politischen Zielen ab. Gewalt war aber nicht typisch für die Gipfelproteste. Gründlicher Aufhellung bedürfen zudem das Vorgehen und die Einsatzpläne der Polizei rund um den Gipfel, inklusive des

Einsatzes von V-Leuten (agents provocateurs) in den Demonstrationen. Ebenfalls müssen die Verquickungen von Polizei und Bundeswehr parlamentarisch wie außerparlamentarisch untersucht werden. Willy Brandt reagierte 1968 auf die Proteste



Demo am 2. Juni in Rostock gegen den G8-Gipfel

mit der Ankündigung, „mehr Demokratie“ wagen zu wollen. Die Merkel-Müntefering-Regierung reagiert auf die Gipfelproteste mit der Ankündigung, mehr Repressionen durchzusetzen.

Der Protest gegen den G8-Gipfel war ein großer Erfolg der globalisierungskritischen und antikapita-

listischen Bewegung: 80.000 Menschen nahmen an der Demonstration am 2. Juni in Rostock teil; während des Alternativgipfels fanden hunderte inhaltliche Veranstaltungen statt, Tausende Menschen blockierten gewaltfrei und erfolgreich die Zufahrtswege um Heiligendamm herum. LinksparteiPDS und WASG haben Anteil an diesem Erfolg der Bewegung. Tausende ihrer Mitglieder beteiligten sich an den Protesten. Die Linke hat sich mit einem weithin sicht- und hörbaren Block an der Demonstration beteiligt. Sie hat sich außerdem in die inhaltlichen Diskussionen durch die Öffentlichen Anhörungen der Fraktion DIE LINKE. und weitere zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des Alternativgipfels eingebracht.

Der G8-Gipfel geht, die neue Linke kommt. Am 16. Juni findet in Berlin der Gründungsparteitag der Linken statt. Es ist an der Zeit, eine starke Alternative zur neoliberalen Allparteinkoalition im Bundestag aufzubauen, die sich innerhalb und außerhalb der Parlamente konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzt. Wir laden alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter ein, sich diesem Projekt anzuschließen und Mitglied der neuen Linken zu werden.

Klimawandel - ein schwieriges Thema

Der Klimawandel ist heute ein oft diskutiertes Thema. So auch am 24.05.2007, als von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Abend mit Dr. Ilse Spahn unter der Überschrift "Klimawandel-Realität oder Panikmache" durchgeführt wurde.

Der Klimawandel ist eine Realität, die selbst die starkköpfigsten Politiker nicht mehr leugnen. Zwar ist es in der Geschichte der Erde eher normal, dass sich das Klima wandelt, doch in den letzten etwa 10000 Jahren war es sehr stabil. Derzeit haben wir aber einen Wandel von so ungewöhnlicher Stärke und Schnelligkeit, dass sich viele fragen, ob es nur natürliche Prozesse sind? Die Wissenschaftler sind sich einig, dass die Hauptursache unseres Klimaproblems der Mensch ist. Nicht durch seine Existenz allein, sondern durch die rasanten Entwicklung der Wirtschaft und die dafür notwendige, seit rund 100 Jahren immer mehr steigende Emission von Treibhausgasen, vor allem Kohlendioxid aber auch anderen.

So ergaben wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Jahresmitteltemperaturen in den letzten 1000 Jahren langsam aber in den letzten 150 Jahren und erst recht in den letzten 30 Jahren immer schneller und stärker steigen. Als Beispiel dafür der diesjährige Mai, welcher der wärmste und zugleich nasseste seit Beginn der Aufzeichnungen war.

Warum meinen nun die Wissenschaftler, dass der Mensch Hauptschuldiger an diesem Problem ist? Es ist, vereinfacht gesagt, das Verfeuern fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas). Sie werden immer mehr verbraucht, obwohl jeder weiß, dass sie bald alle sind. Außerdem entstanden sie in Zeiträumen von Jahrmillionen und werden in wenigen Jahrzehnten verbraucht. Das ist für das Klima wie eine große Überdosis Drogen bei einem Menschen kurz nach dem Entzug. Wie der Arzt bei einem solchen Menschen,

können wir jetzt nur noch versuchen, die Schäden am Klima zu verringern. Dies können wir schaffen, indem wir die erneuerbaren Energien stärker nutzen und zukünftig der Ökologie vor der Ökonomie den Vorrang geben. Die Ökonomie tut oft so, als sei unser Planet unendlich, doch das ist er nicht. Da auch ein Umziehen auf einen anderen Planeten so bald nicht möglich ist, müssen wir etwas an unserem Verhalten ändern. So ist der Emissionshandel beispielsweise ein erster Versuch auch rechtlich verbindliche Wege dafür zu finden und durchzusetzen. Allein reicht er nicht, kann aber eine Richtung zeigen.

Auch die Befürworter von Atomkraftwerken sehen durch den Klimawandel wieder Licht am Ende des Tunnels, in dem sie spätestens seit Tschernobyl stecken. Dabei ist Atomenergie die problematischste aller derzeit nutzbaren Energieformen. Die Nutzung von Sonne, Wind und Wasser hat auch den großen Vorteil, man kann sie dort erzeugen wo man sie auch braucht. Eine solche Änderung der Energieerzeugung brächte vor allem große Energiekonzerne in Schwierigkeiten, weshalb von dieser Seite die größten Gegner kommen. Sie wollen schließlich ihre Pfründe nicht so leicht aufgeben.

Will ich das Ergebnis dieses Abends kurz zusammenfassen, muß ich sagen: Es ist klar, dass wir das Gleichgewicht des Klimas gestört haben. Deshalb müssen wir versuchen, dieses sehr komplexe System zu stabilisieren. Wegen der vielen Einflußfaktoren wird das schwierig werden, aber noch ist es möglich. Ausführlichere Informationen kann man in der Schrift "Einführung in das globale Klimaproblem" von H. Graßl und J.L. Lozán, die im Auftrag des IPCC erstellt wurde, lesen. Ich wünsche mir, dass möglichst viele dies tun. Ralf Nethe

Kinder- und Familienfest - ein tolles Erlebnis

Am 03.06.2007 um 10:00 Uhr war es soweit, zum fünften Mal trafen sich ehrenamtliche Helfer der Volkssolidarität, der WASG, der PSGAD und der Linkspartei. PDS, um mit den Kindern so richtig zu feiern.

Diana Golze, unsere Bundestagsabgeordnete, eröffnete das Fest und hatte die Urkunden für das Fußballspiel unterzeichnet. Obwohl es ziemlich kalt war, legten die Kinder los und beteiligten sich an Wettkämpfen in Eierlauf, Sackhüpfen, Büchsenwerfen, Kleinfeldfußball, und anderen Disziplinen. Attraktion war die Taekwondo Sportschule "Chae" mit ihren zwei Auftritten. Aber auch die Kindergartengruppe der Schumannstraße begeisterte die Eltern und Großeltern. Viele Mädchen

und Jungen standen staunend an der elektrischen Eisenbahn bei dem Ehepaar Wasserroth. Fleißige Bäckerinnen sorgten für einen Gaumenschmaus. Frau Künstler bastelte mit den Kindern für die Muttis. Musik klang von der Bühne und sorgte für Stimmung.

Ich bedanke mich bei dem Festkomitee, bei allen ehrenamtlichen Helfern, beim Genossen Köprücü und seiner Gattin für die gastronomische Betreuung. Dank an alle Genossinnen und Genossen, die uns mit Exponaten für den Trödelmarkt, Kuchen, Spenden und aktiver Teilnahme geholfen haben. Dank auch an Silvia Keltz und unsere Patenkinder. Rosi Musehold

Das Wunder von Bremen – ein Zeichen für die neue LINKE

DIE LINKE zieht nach engagiertem Wahlkampf mit 8.4 Prozent in die Bürgerschaft ein

Sonnabend 12. Mai gegen 15 Uhr: Tausende eilen durch den Regen zum Stadion von Werder Bremen um das Bundesligaspiel gegen Eintracht Frankfurt zu sehen. Auf dem Weg dorthin verteilen Wahlkämpfer der LINKEN Postkarten mit dem Aufdruck „Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist – Es wäre nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Auf der Rückseite der Wahlkampfslogan der Bremer: „Hier ist DIE LINKE“. Viele Passanten nehmen den Flyer oder einen chinesischen Glückskeks, der im Innern die Botschaft „Du wirst eine gute Entscheidung treffen und mit Dir im Reinen sein. DIE LINKE.“ verbirgt. Die Reaktionen reichen von Zustimmung bis Ablehnung, manche singen den Text des Flyers, der im Original ein Lied der Berliner Band „Die Ärzte“ ist mit. Die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer ziehen frierend mit Beginn des Spiels im Stadion ab, die letzte Aktion eines engagierten Wahlkampfs brachte noch einmal Kontakt mit vielen Bremerinnen und Bremern. Auf einem Kandidaten-Faltblatt konnte man lesen „Wir ernten, was wir säen“ – die bange Frage am Sonnabend vor der Bremer Wahl bleibt, ob DIE LINKE es schaffen kann, nach 17 Jahren erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Und ob es für eine Fraktion reicht.

Kandidatinnen und Kandidaten – neu und unverbraucht

Wochenlang hatten sich die Aktivisten der beiden Parteien WASG und Linkspartei für diesen Tag ins Zeug geworfen, gestritten und debattiert und mit viel Hilfe von nah und fern einen Kräfte zehrenden Wahlkampf absolviert. Dem gemeinsamen Wahlantritt an der Weser gingen lange Debatten voraus, ob und wie man antreten wolle. Wenige Wochen vor der Gründung der gemeinsamen neuen Partei wollte man die Vereinigung auf Bundesebene in Bremen vorwegnehmen und entschied sich als DIE LINKE in die Wahl zu gehen. Das Unterfangen schien – nach mehreren erfolglosen Anläufen und dem enttäuschenden Ergebnis von 1,7 Prozent beim letzten Urnengang 2003 – wenig aussichtsreich. Prominente Kandidaten wie Rudolf Hickel winkten ab und letztlich entschieden sich die Bremer Genossinnen und Genossen für eine Liste mit eher unbekanntem, aber auch unverbrauchten Kandidaten. An der Spitze stand mit Peter

Erlanson ein streitbarer Betriebsrat des Krankenhauses Links der Weser. In Bremen will die große Koalition die Krankenhäuser privatisieren – mit Erlanson konnte man die Alternativen der LINKEN personalisieren.

Klaus-Rainer Rupp von DER LINKEN sprach als selbstständiger Ingenieur ganz andere Wählerkreise an. Rupp engagiert sich seit vielen Jahren für DIE LINKE und ist ehrenamtlicher Finanzreferent bei attac. Mit Monique Troedel konnte eine erfahrene Gewerkschafterin und Betriebsrätin der Bremer Tageszeitungen gewonnen werden. Inga Nitz brachte ihre Erfahrungen aus Sozialamt und BAaG (so der Name der Bremer Arbeitsgemeinschaft aus Agentur für Arbeit und Kommune) ein. In einem Interview mit der Jungen Welt machte man sich Mut mit dem Satz, man habe „eine superattraktive Liste“. Auf einem Großflächenplakat konnte man die sechs Spitzenkandidaten sehen mit der Überschrift „Echt nervig“ – denn DIE LINKE versprach den Wählern, konsequent in der Bremischen Bürgerschaft sich für soziale Fragen einzubringen und so in der Tat die Regierenden zu nerven.

Mindestlohn – Aktionsthema der LINKEN

Die soziale Frage war in Bremen in 12 Jahren großer Koalition aus CDU und SPD unter die Räder gekommen. Man beklagte sich über die PISA-Ergebnisse und kürzte gleichzeitig im Bildungsbereich, man erzwang Umzüge von Hartz-IV-Empfängern und wusste keine Antworten, auf die enorm hohe Arbeitslosigkeit – fast 19 Prozent werden allein in den offiziellen Statistiken ausgewiesen. Stattdessen setzte man Millionen mit Prestigeprojekten wie einem SpacePark und einem Musicaltheater in den Sand. Das hochverschuldete Land wurde einem hilflosen Sparkurs unterworfen, der die Schulden nicht minderte, aber die Chancen vieler Bremerinnen und Bremer drastisch verschlechterte. SPD-Spitzenkandidat Jens Böhrnsen und sein Regierungspartner von der CDU Röwekamp stellten eine Politik des „Weiter so“ zur Wahl. Erst gegen Ende der Kampagne entdeckte die Bremische Sozialdemokratie ihre soziale Wurzel scheinbar wieder und machte einen gesetzlichen Mindestlohn zum Wahlkampfthema. Bei der Vorstellung einer Unterschriftensammlung waren die ersten, die sich mit diesem neuen Ziel der SPD solidarisierten wollten etliche Menschen mit

roten Westen und ebenso roten Umhängetaschen. DIE LINKE war beim Wahlspektakel der SPD unerwünscht – der Presse fiel auf, dass die SPD sich eines Themas der LINKEN bedient hatte. Sogar die CDU wollte bei soviel plötzlich über Bremer hereinbrechender sozialer Wärme nicht abseits stehen und versprach per Plakat 7,50 Euro Mindesteinkommen – eine Umschreibung alter Kombi-Lohn-Hüte. Die Tatsache, dass Mindestlohn-Aktivist Böhmsen Angestellte im eigenen Rathaus mit 7.02 Euro abspeiste entlarvte die Kampagne als Heuchelei. Das 11-Punkte-Programm der LINKEN schien vielen schon im Wahlkampf ehrlicher und konsequenter. Ebenso das Engagement für ein Sozialticket und für einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine hatten bei ihren Besuchen in Bremen und Bremerhaven eine veränderte Atmosphäre bemerkt. Doch ob all die Plackerei und Argumentation an Infoständen und auf Wahlpodien für ein Wunder von Bremen reichen würde?

Ab jetzt – sieben LINKE machen die Musik

Ein aufgekratzter Bodo Ramelow rief nach dem euphorisch bejubelten Einzug der Kandidatinnen und

Kandidaten ins Konsul-Hackfeld-Haus in die Menge „das Wunder von Bremen im örtlichen CVJM-Haus, das ist schon ein Zeichen für die neue LINKE.“ Milde grinsend wurde die Botschaft aus Berlin zur Kenntnis genommen, Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch habe geradegrößtenteils die 2-Meter-Marke genommen und viele Aktive der LINKEN waren sichtlich gerührt, dass es nach so vielen Anläufen endlich geklappt hatte. „Gregor Gysi musste sich hier bei seinem ersten Auftritt beschimpfen lassen“ – die Freude über das bundesweite Signal für die neue LINKE war gemischt mit vielen Erinnerungen. Während die Freudentränen langsam trockneten und am Ende sogar der Sekt knapp wurde, mahnten einige Partyteilnehmer an, DIE LINKE solle nicht die Fehler anderer Parteien begehen und vergessen, warum sie gewählt wurde. Und die ersten Termine für die sieben Mitglieder starke Fraktion standen schon am frühen Montagmorgen an. Die Mühen der Ebene begannen schnell, nach dem Wunder von Bremen haben die sieben jetzt Musik zu machen in der Bürgerschaft.

Christoph Nitz, Berlin

Kein Babyboom im Anmarsch

Wir lasen es Anfang Juni in der Tagespresse:

In Deutschland sterben weiterhin mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Trotz eines Zuwanderungsüberschusses sinkt die Bevölkerungszahl. 82,315 Millionen Menschen leben noch in Deutschland. Wir, in unserer mehr als tausendjährigen Stadt, können da nur müde lächeln. Der Prozentsatz des Bevölkerungsschwundes ist seit 1990 enorm. Auch hier ist die Geburtenrate gegenüber den Todesfällen zu klein.

Andererseits: Wie viele Arbeitslose hätten wir, wenn nicht so mancher weggezogen wäre? Sicher, die Zahl der Arbeitslosen ist auch im Mai gesunken, doch in den amtlichen Ziffern sind abermals weder 1-Euro Jobber noch Teilnehmer an Ausbildungslehrgängen enthalten. Aber wir wissen, ein großer Teil unserer arbeitsfähigen Bevölkerung hat feste Arbeitsverträge. Es sind z.B. sehr viele bei der Stadtverwaltung beschäftigt. Und ganz besonders gut geht es dem Baugewerbe. „Stadumbau“ heißt es im Amtsdeutsch, der normale Bürger sagt: „Abriß von leerstehendem Wohnraum“. Immerhin waren in unserer Stadt seit 2002 bisher 1569 Wohnungen betroffen. 8000 leerstehende Quartiere soll es bei uns geben. Und mit dem Bevölkerungsrückgang steigt weiterhin der Wohnungsleerstand - gute Kunde für das entsprechende

Baugewerbe, schlechte Nachricht für unsere Stadt. Zuschüsse von Bund und Land gibt es dafür auch, sodass nur 25% der Kosten bei uns zu Buche schlagen. Dennoch, ein Babyboom wäre gut.

Warum sorgen so viele junge Frauen und Männer nicht für Nachwuchs? „Mein Geld reicht knapp für mich, auf keinen Fall für eine Familie mit Kindern“, so hörte ich schon oft. Sicher, es gibt Kindergeld, aber so mancher vermisst einfach soziale Sicherheit. Wie kann man diese erlangen? Nicht nur durch neue Arbeitsplätze, sondern auch durch Mindestlöhne! Da berät die „Angie“ von der CDU mit sieben Großen dieser Welt über wichtige Probleme unseres Erdballs, aber bekommt so eine dringend notwendige Maßnahme, wie das Bemühen um Mindestlöhne, nicht in den Griff. Und wenn die Weltprobleme noch längst nicht voll geregelt sind - trotz des Gipfeltreffens - dann sollte man in Deutschland wenigstens mit den Mindestlöhnen beginnen - Vorbild dafür sind in Europa 20 Länder. Deren Erfahrungen könnten auch für uns nützlich sein. Und wer meint, dies sei bei uns nicht zu machen, der zwingt zu Vergleichen mit Herrn Bush, der seine Truppen, entgegen dem Willen der Mehrheit der US-Amerikaner, nicht aus dem Irak abziehen will.

E. Altenkirch

Meinung zu den Ereignissen beim G8 - Gipfel

Die Nachrichten vom 02.06.2007 waren geradezu erschreckend, obwohl mit Gewalt auf beiden Seiten gerechnet wurde. Weshalb sonst hätte man so umfangreiche und teure Sicherungsmaßnahmen auf Seiten der Gastgeber des G8 - Gipfels getroffen. Auch die Veranstalter der Demonstrationen hatten sich darauf eingestellt, mit Gewalt bekämpft zu werden, ich hörte sogar, sie hätten regelrechte Trainings durchgeführt, wie Gewalt von der Polizei entschärft werden kann. Doch die im Vorfeld getroffenen Maßnahmen wurden wohl oft nicht gründlich genug durchgeführt. So die Maßnahmen, mit denen Gewalttäter vor ihrer Ankunft in Rostock herausgefischt werden sollten. Wenn man dann aber hört, dass trotz des Vermummungsverbots, welches bei Demonstrationen in Deutschland gilt, sich 2000 Vermummte in einem sogenannten "Schwarzen Block" vereinten, kann man sich nur noch wundern. Wo war die Polizei als sie sich zusammenfanden? Diese Krawallmacher, haben sämtliche Nachrichtenkanäle beherrscht, die vielen Tausende anderen werden bestenfalls im Nebensatz kurz erwähnt. Man bekommt den Eindruck das sei von oben so gewollt. Nach den Meldungen der Zeitungen sind das aber 28000 bis 78000 je nachdem, ob die Zahlen der Polizei oder der Veranstalter die Grundlage bilden. Es wird nicht darüber

berichtet, worum es den Demonstranten geht, nur über die Verletzten auf beiden Seiten, immerhin an diesem einen Tag rund 1000 und diesen Block von Vermummten. Jetzt wurde auch bekannt, dass viele der Krawallmacher aus ganz Europa angereist waren, nur um "Bullen zu verklappen" und ähnliches und natürlich entsprechend ausgerüstet waren. Doch es gab auch wenige vernünftige Berichtersteller, die ihren Blick auf die Frage richteten, weshalb so viele dort waren.

So etwas entspricht aber nicht unserer Meinung, wie man auf Politik einwirken kann und sollte. Wir wollen auch unsere Meinung zu den Themen des Gipfels äußern und bekanntmachen, aber dafür gibt es bessere und effektivere Wege. Darum sind wir gegen die in Rostock gezeigte Gewalt und die Fokussierung der öffentlichen Berichterstattung darauf.

Die Greenpeace - Aktivisten von denen ich heute hörte, sie wären bis ins Spergebiet gekommen, ohne Gewalt anzuwenden, nur mit Schnelligkeit und Beweglichkeit, entlockten mir ein kleines Schmunzeln. Die DDR hat doch in der Geschichte gezeigt, es gibt keine absolute Abriegelung von der Außenwelt - erst recht nicht für Politiker dieses Kalibers.

Ralf Nethe

Gedanken zum Landesparteitag der WASG am 02.06.2007 in Potsdam.

Vor zwei Jahren waren es noch 180 Mitstreiterinnen und Mitstreiter die den ersten Parteitag der WASG mit ihren politischen Ideen und Ansichten in Potsdam auf den Weg brachten. Von da an war die politische Arbeit der WASG Brandenburg hauptsächlich von Kämpfen um persönliche Eitelkeiten ersetzt worden. Die Parteifreunde, die sich auf den Weg gemacht hatten für die sozial Schwachen in unserem Land einzutreten, wurden allmählich in den Hintergrund gedrängt. Die Oberhand über die Parteiarbeit im Lande gewann eine Gruppe von hauptsächlich aus den alten Bundesländern in Brandenburg arbeitenden Intellektuellen die angetreten sind um ihre persönlichen Eitelkeiten zu befriedigen. Wie soll wohl ein ehemaliger Staatsanwalt und Richter aus

Niedersachsen gewerkschaftliche Ansichten und die Nöte von Harz IV Empfängern aus dem Osten der Republik mit dem nötigen Sachverstand vertreten? Wen will er anklagen? Wen will er richten? Muss man, wenn man die Interessen der Bevölkerung vertritt unbedingt studiert haben? Von den einstmals 180 Parteifreunden sind noch mit großem Fragezeichen versehen 51 übrig geblieben. Die WASG Brandenburg Havel wird im Interesse aller Menschen, die in der Stadt Brandenburg leben und die sozialen Ungerechtigkeiten mit aller Härte erleben weiterhin ein verlässlicher Ansprechpartner sein. Die Ideen und Ansichten werden auch in die neue Linkspartei einfließen.

Peter Lange WASG Brandenburg an der Havel

Termine

Fraktionssitzungen der Linkspartei.PDS
am 11.06: und 25.06.07, jeweils 18.00 Uhr,
Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Willkommensfest der neuen Partei: „Die
Linke“: 16. Juni 18.00 Uhr Geschäftsstelle
der Linkspartei

AG Politische Bildung: 28.06.07 18.00 Uhr
in der Geschäftsstelle

Stadtvorstandssitzungen in der
Geschäftsstelle 13.06.07 und 20.06.07
jeweils um 18.00 Uhr

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-
Stiftung am 21.06.07 18.00 Uhr im
Fontane-Klub; Ritterstraße 69
Thema: Zur heutigen Situation in
Venezuela und zum „Sozialismus im 21.
Jahrhundert,“,
Referent: Otto Pfeiffer (Berlin)

Im Juli machen wir Sommerpause.
Daher ist die nächste Redaktionsitzung
erst am 07.08.2007 um 14:00 Uhr. Alle
Interessierten laden wir dazu ein.

07.07.07 ab 9.00 Uhr Gesamtmittgliederversammlung der Partei: „Die Linke“
Ort: Saal des Waldcafe Görden

Wir Gratulieren

03.06. Hans-Georg Sumpf

04.06. Beate Bölsche

06.06. Harry Eilert

06.06. Mehmet Köprucu

12.06. Winfried Walz

14.06. Gerhard Tumoscheit

18.06. Gertrud Weymann

22.06. Hans Preckwinkel

22.06. Rudolf Hofmann

26.06. Harro Braun

28.06. Yvonne Sünder

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.linksparitei-pds-stadt-brb.de

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung
und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion
übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht
zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 07. August 2007